

Frage 07: Welche Maßnahmen werden Sie setzen/unterstützen, um unter Achtung des völkerrechtlich geschützten Asylrechts ungesteuerte Immigration Drittstaatsangehöriger nach Österreich sowie innerhalb der EU zu verhindern?

ÖVP

Wir betrachten die Verwaltung und Kontrolle der Einwanderung von Drittstaatsangehörigen in die EU als entscheidend, um das Asylrecht zu respektieren und ungesteuerte Immigration zu vermeiden. Wir unterstützen Maßnahmen zur geordneten Einwanderung und zur Bekämpfung illegaler Migration, wobei die Sicherheit und Stabilität in der EU gewahrt werden sollen. Dazu gehören strengere Kontrollen an den EU-Außengrenzen und die konsequente Rückführung straffällig gewordener Drittstaatsangehöriger ohne Schutzstatus. Zudem ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und gemeinsame Standards für die Einwanderungspolitik zu entwickeln, einschließlich der Erteilung und Anpassung von Aufenthaltstiteln entsprechend den aktuellen Herausforderungen.

SPÖ

Die SPÖ will die Asyldebatte versachlichen und auf Lösungen fokussieren. Asyl ist ein Menschenrecht. Wer aus seiner Heimat flüchtet, muss in einem demokratischen Europa ein faires Verfahren bekommen. Aus Sicht der SPÖ braucht es eine effektive solidarische Verteilung von Asylberechtigten, eine Kooperation auf Augenhöhe mit Ländern im Nahen Osten und afrikanischen Ländern, eine Politik der aktiven Rechtsdurchsetzung auf EU-Ebene und EU-Asylum-Centers, in denen Asylanträge außerhalb Europas gestellt und bearbeitet werden können. So kann legale Flucht ermöglicht und irreguläre Migration im Vorhinein unterbunden werden.

FPÖ

Auch das Völkerrecht in Bezug auf Asyl und Migration ist nicht in Stein gemeißelt und aus unserer Sicht nicht mehr an die Gegebenheiten und Probleme des 21. Jahrhunderts, mit seinen enormen Migrationsströmen gen Europa, angepasst. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Asylgesetze müssen jedenfalls auf nationaler Ebene verschärft, Grenzen effektiv geschützt und Abschiebungen vereinfacht werden. Auf EU-Ebene haben wir bereits einen „Remigrations-Kommissar“ eingefordert, der sich dieser Problematik annehmen sollte.

GRÜNE

Legale Fluchtwege sind die beste Lösung, um jenen Menschen auf sicherem und geordnetem Weg Schutz zu gewähren, die ihn am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden dabei Menschenhandel und Ausbeutung effektiv bekämpft. Wir wollen daher den Ausbau bestehender legaler Fluchtwege, insbesondere von Resettlement-Programmen. Resettlement bedeutet Neuansiedlung und hat das Ziel, besonders schutzbedürftigen Menschen die legale und sichere Einreise zu ermöglichen. Dasselbe gilt für die Arbeitsmigration: Wir setzen uns für die Erarbeitung einer umfassenden EU-Migrationsstrategie und für den Ausbau legaler und praxistauglicher Arbeitsmigrationswege ein. Das soll auf Augenhöhe mit den Arbeitsmigrant*innen und ihren Herkunftsstaaten und unter Beibehaltung der bestehenden sozial- und arbeitsrechtlichen Standards geschehen.

NEOS

NEOS setzen sich für folgende Maßnahmen ein:

Keine irreguläre Migration nach Österreich: Es gibt klare Regeln, wer nach Österreich einreisen darf. Was verbessert werden muss, ist die konsequente Umsetzung. Bei jeder und jedem, der in Österreich ankommt, wird sofort geklärt, ob er ein Recht auf Asyl haben könnte oder dabei chancenlos ist. Jene, die das Asylsystem missbrauchen wollen, um in den österreichischen Arbeitsmarkt zu kommen, werden schnell abgeschoben. Wir müssen allen klarmachen, dass das der falsche Weg ist. Für Arbeitsmigration haben wir ein anderes System und andere Regeln. Zusätzlich werden für die Antragssteller aussichtslose Asylverfahren vorgezogen, damit die Personen so schnell wie möglich wieder abgeschoben werden können.

Irreguläre Migration außerhalb der EU reduzieren: Am Weg nach Europa durchqueren die meisten Betroffenen keine Länder mit Perspektive auf Sicherheit. Dadurch wird auch jenen, die eigentlich freiwillig umkehren wollen, oft keine Wahl gelassen, als weiterzugehen, bis sie an der EU-Grenze stehen. Gleichzeitig versagt die Bundesregierung dabei, bestehende EU-Regeln umzusetzen und schiebt die negativen Konsequenzen auf die EU. Das hilft nur jenen, die Europa zerstören wollen. Wir brauchen Schutzzentren, vom UNHCR betrieben und internationalen Truppen bewacht, die Möglichkeit einer freiwilligen Rückführung bereits auf der Fluchtroute geben. Zusätzlich muss Österreich sofort den EU Asyl- und Migrationspakt umsetzen. Dieser enthält starken EU-Außengrenzschutz durch eine besser aufgestellte FRONTEX und schnelle Verfahren an der Außengrenze für Asylwerber. Diese können bei Aussichtslosigkeit ihres Antrags entweder sofort in ihre Länder abgeschoben werden oder - wenn sie einen echten Fluchtgrund haben - auf die EU-Länder verteilt werden. Wer das Land, dem er zugewiesen wird, verlässt, riskiert damit, ebenfalls abgeschoben zu werden (Wohnsitzauflage). Länder wie Ungarn oder Griechenland, die sich entweder weigern, Menschen aufzunehmen oder den Aufnahmestandard mit Absicht nicht erreichen, verletzen klar europäische Regeln und belasten damit jene, die Gesetze befolgen. Gegen sie muss sofort ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden. Gehen wir gegen jene Länder vor, die sich aus Verantwortung stehlen und der Grund dafür sind, dass Österreich im Asylbereich eine Mehrleistung erbringen muss. Es braucht hier auch klare Worte an unsere Nachbarn. Österreich ist mit seinen Nachbarländern, auch Ungarn, in ständigem Austausch bezüglich Migration. Was uns unter dem Namen „Operation Fox“ als „Kooperation“ beim gemeinsamen Grenzschutz verkauft wird, ist eigentlich ein österreichisches Ausleihen von Polizeikräften an einen illiberal geführten Staat. Ungarn ließ tausende Asylwerber:innen einfach nach Österreich durchreisen und entließ Schlepper und Menschenhändler wieder aus seinen Gefängnissen, die nun dort weitermachen, wo sie aufgehört haben. So sieht keine Partnerschaft aus, die durch österreichisches Steuergeld finanziert werden sollte.

KPÖ

Der im Frühjahr beschlossene EU-Migrations- und Asylpakt entspricht nicht der Genfer Flüchtlingskonvention, weil mit ihr das unbedingte Recht auf individuelle Prüfung der Asylanträge jeder ankommenden Person abgeschafft wird. Menschen, darunter auch Kinder, können Monate lang in gefängnisartigen Lagern festgehalten werden. Der Migrations- und Asylpakt verfehlt auch das Ziel, eine gerechte Aufteilung der Ankommenden auf die EU-Staaten sicherzustellen, in dem er gestattet, dass sich Staaten von der solidarischen Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen, freikaufen.

Die Abkommen, die die EU mit Libyen, Tunesien, Mauretanien und Ägypten geschlossen hat, die Flüchtlinge abzuhalten, nach Europa überzusetzen, setzen Männer, Frauen und Kinder unkontrollierter Willkür, Gewalt und Ausbeutung aus. Mit Recht nannte Papst Franciscus den Umgang der reichen Länder mit den Flüchtenden schändlich.

Jeder Staat hat das Recht, Aus- und Einreise an seinen Grenzen zu kontrollieren. Doch dazu sind zunächst einmal sichere Reiserouten erforderlich, wodurch auch dem menschenverachtenden Schleppergeschäft die Basis entzogen würde.

Die Debatte um die Migration ist durch die rassistische Hassrede der FPÖ und anderer Rechtsradikaler vergiftet. Ganz abgesehen davon, dass z.B. das österreichische Gesundheitssystem zu großen Teilen auf den Schultern von Personen mit Migrationsgeschichte lastet. Migration ist in der Geschichte von Europa und Österreich fest verankert und wird es auch in Zukunft sein. Es gilt Menschen zu helfen.